

VERTRAG ÜBE^R DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN
PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE



An:

Schüssler, Andrea
HUBER & SCHÜSSLER
Truderinger Strasse 246
D-81825 München
ALLEMAGNE

HUBER & SCHÜSSLER
Patentanwälte

05. Mai 2004

Frist: 3.8.04 leger / be

SCHRIFTLICHER BESCHEID (Regel 66 PCT)

Absendedatum
(Tag/Monat/Jahr)

03.05.2004

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts
W1584 sch-tzbl

ANTWORT FÄLLIG

innerhalb von 3 Monat(en)
ab obigem Absendedatum

Internationales Aktenzeichen
PCT/EP 03/06474

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)
18.06.2003

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)
02.07.2002

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK
E04F15/04

Anmelder

WEITZER PARKETT GMBH & CO. KG et al.

1. Dieser Bescheid ist der **zweite** schriftliche Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde.
2. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:
 - I Grundlage des Bescheids
 - II Priorität
 - III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erforderliche Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
 - IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
 - V Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
 - VI Bestimmte angeführte Unterlagen
 - VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
 - VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung
3. Der Anmelder wird aufgefordert, zu diesem Bescheid **Stellung zu nehmen**.

Wann? Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d).

Wie? Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.

Dazu: Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.

Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.
4. Der Tag, an dem der internationale vorläufige Prüfungsbericht gemäß Regel 69.2 spätestens erstellt sein muß, ist der: 02.11.2004

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Bouyssy, V

Formalsachbearbeiter (einschl. Fristverlängerung)
Himmel, U
Tel. +49 89 2399-2876



I. Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Bescheids als "ursprünglich eingereicht"*):

Beschreibung, Seiten

1-8

in der ursprünglich eingereichten Fassung

Ansprüche, Nr.

1-11

in der ursprünglich eingereichten Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/2-2/2

in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um

- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- Beschreibung, Seiten:
- Ansprüche, Nr.:
- Zeichnungen, Blatt:

5. Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:**V. Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung****1. Feststellung**

Neuheit (N)	Ansprüche	1, 3-9 (Nein) 2, 10, 11 (Ja)
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ansprüche	2, 10, 11 (Nein)
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ansprüche	1-11 (Ja)

2. Unterlagen und Erklärungen:**siehe Beiblatt**

1. Im Recherchebericht sind folgende Dokumente genannt:

D1: DE-U-202 03 311
D2: WO-A-00 47841
D3: WO-A-01 02670
D4: WO-A-02 31291

In der Beschreibung wird auf folgende Dokumente verwiesen:

D5: DE-C-100 01 076
D6: FR-A-2 278 876

Zu Punkt V

Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

NEUHEIT (ARTIKEL 33 (2) PCT)

2. Der Gegenstand des Anspruchs 1 und 3-9 ist nicht neu im Sinne von Artikel 33 (2) PCT:

2.1 D1 offenbart (vgl. Figuren) ein Paneelement

- a) mit einer Nutzseite, einem der Nutzseite gegenüberliegenden Gegenzug, einer ersten Seite mit einer Feder, einer der ersten Seite gegenüberliegenden zweiten Seite mit einer der Feder gegengleich ausgebildeten Nut,
- b) wobei die Feder ein Verbindungselement 30 aufweist, welches sich im wesentlichen senkrecht zur Nutzseite erstreckt und dessen Querschnitt eine erste Flanke 50 und eine der ersten Flanke gegenüberliegende zweite Flanke aufweist,
- c) wobei der Querschnitt des Verbindungselementes eine senkrecht zur Nutzseite verlaufende Mittellinie hat,
- d) wobei - in Richtung von der Nutzseite gesehen - in einem ersten Abschnitt des Verbindungselementes die Neigung der ersten Flanke und der zweiten Flanke jeweils von der Mittellinie nach außen weist und in einem zweiten Abschnitt die Neigung der ersten Flanke von der Mittellinie nach außen weist und die Neigung der zweiten Flanke zur Mittellinie weist, wobei sich der Abstand senkrecht zur Mittellinie zwischen der ersten Flanke und der zweiten Flanke verringert.

Somit ist die im Anspruch 1 beschriebene Merkmalskombination aus D1 bereits bekannt.

In seinem Schreiben vom 02.04.2004 argumentiert der Anmelder, daß das Merkmal (d) in D1 nicht gegeben ist.

Diesem Argument kann nicht gefolgt werden.

Die erste Flanke 50 weist - in Richtung von der Nutzseite gesehen - in einem ersten Bereich eine von der Mittellinie nach außen weisenden Neigung (Seite 13, Zeile 2) und in einem zweiten Bereich eine zur Mittellinie weisenden Neigung auf (vgl. verrundeter unterer Abschnitt der Flanke 50). Die zweite Flanke weist in einem ersten Bereich eine von der Mittellinie nach außen weisenden Neigung (vgl. geneigte Fläche 54) und in einem zweiten Bereich eine zur Mittellinie weisenden Neigung auf (vgl. verrundeter unterer Abschnitt der ersten Flanke).

Ferner ist in D1 eindeutig, daß die erste und zweite Kontaktstellen 60 und 62 jeweils im ersten Bereich der ersten Flanke (Seite 13, Absatz 1) bzw. der zweiten Flanke ausgebildet sind (Seite 7, Absätze 3 und 4; Neigung von etwa 30° bis 60° zur Nutzseite), wobei die zweite Kontaktstelle 62 etwas unterhalb der ersten Kontaktstelle 60 ausgebildet ist (Seite 7, Absatz 2; Seite 14, Absatz 2). Im Rahmen der Absenkbewegung wird die Verbindung zweier Paneelelemente zunächst durch die erste Kontaktstelle 60 ausgebildet und, den Vorgang abschließend, nachfolgend die zweiten Kontaktstelle 62. Der Rastpunkt auf der zweiten Flanke wird erst dann überwunden, nachdem der Rastpunkt auf der ersten Flanke 50 bereits überwunden worden ist und die erste Kontaktstelle 60 auf dem oberen, geneigten Bereich dieser ersten Flanke 50 ausgebildet ist (Seite 5, Absatz 2; Seite 6, Absatz 1; Seite 7, Absatz 1; Seite 14, Absatz 2 bis Seite 15, Absatz 1; Figur 2).

Der Rastpunkt auf der zweiten Flanke befindet sich also zwangsläufig - in Richtung von der Nutzseite gesehen - oberhalb des Rastpunkts auf der ersten Flanke 50 und somit zwischen den Endpunkten des von der Mittellinie nach außen weisenden Bereich auf dieser ersten Flanke.

Daraus ergibt sich, daß - in Richtung von der Nutzseite gesehen -

- i) in einem ersten Abschnitt des Verbindungselementes - **oberhalb des Rastpunktes auf der zweiten Flanke** - die Neigung der ersten Flanke 50 und der zweiten Flanke (vgl. Fläche 54) jeweils von der Mittellinie nach außen weist und
- ii) in einem zweiten Abschnitt - **unterhalb des Rastpunktes auf der zweiten Flanke** - die Neigung der ersten Flanke 50 von der Mittellinie nach außen weist und die Neigung der zweiten Flanke zur Mittellinie weist, wobei sich der Abstand senkrecht zur Mittellinie zwischen

der ersten Flanke und der zweiten Flanke verringert.

2.2 Dieses bekannte Paneelelement besitzt auch die Merkmale der Ansprüche 3, 4 (vgl. "ein wenig nach innen geneigt" für die erste Flanke 50, Seite 13, Zeilen 1-3; Neigung von etwa 30° bis 60° zur Nutzseite für Fläche 54 im ersten Abschnitt der zweiten Flanke), 5, 6, 7 (Kontaktstellen 60 und 62), 8 (Figur 2), 9 (Kanal 22).

ERFINDERISCHE TÄTIGKEIT (ARTIKEL 33 (3) PCT)

3. Der Gegenstand der Ansprüche 2, 10 und 11 beruht nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit im Sinne von Artikel 33 (3) PCT:

3.1 Mit der Ausbildung nach D1 wird erreicht, daß im Rahmen der Absenkbewegung des zu verlegenden Paneelementes 12 zunächst der Rastpunkt auf der ersten Flanke 50 überwunden werden soll und dabei dieses Paneelementes zu dem bereits verlegten Paneelementes 10 herangezogen wird (Seite 4, Absatz 2 bis Seite 5, Absatz 1; Seite 15, Absatz 1). Somit entsteht stets eine optisch fugenfreie Verbindung. Anschließend erfolgt eine zweite Verriegelung an der zweiten Flanke mittels der Rippe 54.

Das Paneelement nach Anspruch 2 unterscheidet sich von diesem bekannten Paneelement lediglich dadurch, daß die Rippe an der zweiten Flanke weggelassen worden ist.

Abgesehen davon, daß dadurch natürlich die Herstellung der Verriegelungskontur vereinfacht wird und die Gefahr einer Beschädigung der Verriegelungsmittel vermindert wird, bewirkt das Weglassen dieser Rippe offensichtlich nur, daß die mit der Ausführungsform nach D1 erzielten Vorteile nicht mehr vorliegen.

Einer derartigen Vereinfachung liegt keine erfinderische Tätigkeit zugrunde.

3.2 Die Ausführungsform nach Anspruch 10 unterscheidet von dem Paneelement nach D1 außerdem dadurch, daß die vierte Kontaktstelle 66 fallengelassen wird. Dieser einfachen baulichen Ausgestaltung kann das Beruhen auf einer erfinderischen Tätigkeit offensichtlich nicht beigemessen werden, weil sie der Fachmann im Bedarfsfall aufgrund seines Fachwissens nach eigenem Gutdünken vorsieht.

3.3 Das zusätzliche Merkmal des Anspruchs 11 ist eine fachübliche Maßnahme, siehe z.B. D2. Für den

Fachmann wäre die Aufnahme dieser Maßnahme in das in **D1** beschriebene Paneelelement eine naheliegende, im Rahmen normalen fachlichen Handelns liegende Vorgehensweise, um das Eindringen von Feuchtigkeit zu unterbinden.

GEWERBLICHE ANWENDBARKEIT (ARTIKEL 33 (4) PCT)

4. Die Gegenstände der Ansprüche **1-11** sind gewerblich anwendbar.

ALLGEMEINES

5. Die vorliegenden Ansprüche **7, 9 und 10** sind unklar formuliert (Artikel 6 PCT):
 - 5.1 Die Ansprüche sind auf ein einziges Paneelelement gerichtet und in diesen Ansprüchen **7, 9 und 10** wird auf den "verbundenen Zustand der Nut-Feder-Verbindung". Deshalb geht aus diesen Ansprüchen hervor, daß die Feder des Paneelements mit der Nut des Paneelements verrastbar ist. Dies steht im Widerspruch zu der übrigen Offenbarung.

Um die Erfordernisse des Artikels 6 PCT zu erfüllen und um den Schutzmfang dieser Ansprüche richtig zu beschränken, könnte der o.g. Ausdruck wie folgt umformuliert werden:

"im verbundenen Zustand der Nut (3) mit der Feder (2) eines weiteren, gleichartigen Paneelelements".

- 5.2 Der Anspruch **9** ist direkt auf einen der Ansprüche **1 bis 7** rückbezogen, obwohl er implizit auf einen ersten Leimkanal Bezug nimmt, der erst im Anspruch **8** definiert wird.
- 5.3 Der Anspruch **10** ist direkt auf einen der Ansprüche **1 bis 6** rückbezogen, obwohl er auf eine zweite Kontaktstelle Bezug nimmt, der erst im Anspruch **7** definiert wird.
6. Bei der Weiterverfolgung der Anmeldung sind folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - 6.1 Um die Erfordernisse der Regel 6.3 (b) PCT zu erfüllen, sollte der unabhängige Anspruch **1** in zweiteiliger Form abgefaßt werden; diejenigen Merkmale, die in Verbindung miteinander zum Stand der Technik gehören, sind in den Oberbegriff aufzunehmen.
 - 6.2 Um das Verständnis der Ansprüche zu erleichtern, sollten die in den Ansprüchen genannten technischen Merkmale mit in Klammern gesetzten Bezugszeichen versehen werden (Regel 6.2 (b))

PCT). Dies gilt gleichermaßen für den jeweiligen **Oberbegriff** und kennzeichnenden Teil.

- 6.3 Die Beschreibung ist an die einzureichenden Ansprüche anzupassen. Bei der Überarbeitung der Anmeldung, insbesondere des einleitenden Teils einschließlich der Darstellung der Aufgabe oder der Vorteile der Erfindung, sollte darauf geachtet werden, daß kein Sachverhalt hinzugefügt wird, der über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Artikel 34 (2) (b) PCT).
- 6.4 Um die Erfordernisse der Regel 5.1 (a) (ii) PCT zu erfüllen, ist in der Beschreibung das Dokument D1 zu nennen; der darin enthaltene einschlägige Stand der Technik sollte kurz umrissen werden und die der Erfindung zugrunde liegende Aufgabe ist so darzustellen, daß sie verstanden werden kann.
- 6.5 Um die Prüfung von geänderten Anmeldungsunterlagen im Hinblick auf Artikel 34 (2) (b) PCT zu erleichtern, wird der Anmelder gebeten, die durchgeföhrten Änderungen, unabhängig davon, ob es sich um Änderungen durch Hinzufügen, Ersetzen oder Streichen handelt, deutlich aufzuzeigen und anzugeben, auf welche Stellen in der ursprünglich eingereichten Anmeldung sich diese Änderungen stützen (siehe auch Regel 66.8 (a) PCT).

Gegebenenfalls können diese Angaben in handschriftlicher Form auf Kopien der betreffenden Teile der ursprünglichen Anmeldung erfolgen.